A-2-B Armut bekämpfen, Absicherung für alle!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

Vor 17 Jahren trat die Agenda 2010 in Kraft und damit auch ein massiver Umbau des Sozialstaats. Das Ziel der Agenda war es, „den Standortfaktor Deutschland zu stärken“ und die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Eindrücklich hat sie gezeigt, dass nicht alles, was für die Wirtschaft gut ist, auch für die Menschen gut ist. Im Zweifel heißt Standortfaktoren zu stärken nämlich, Löhne zu senken und soziale Sicherungssysteme abzubauen.

Mit der Lockerung von Arbeiter*innenrechten schaffte man den größten Niedriglohnsektor Europas. Was auf der einen Seite attraktiv für Unternehmen ist, hat auf der anderen Seite Millionen von Menschen Armut gebracht. Fast jede*r vierte Lohnarbeiter*in lebt heute knapp über oder unter der Armutsgrenze. Mit Hartz 4 wurde eine Leistung geschaffen, die nicht zum Ziel hatte, Menschen abzusichern und vor Armut zu schützen. Die Prinzipien von „Fordern und Fördern” haben zum Ziel, Menschen schnellstmöglich zurück in den Arbeitsmarkt zu drängen. Gefördert wird dabei jedoch lediglich der Niedriglohnsektor. Wer wählen muss zwischen einer prekären Beschäftigung und der Aussicht, mit Hartz 4 zurückgelassen zu werden, hat keine richtige Wahl. Was dabei verloren geht, ist das Recht auf Selbstbestimmung und die eigene Lebensgestaltung, sowie die Perspektive, diesen Teufelskreis aus eigener Kraft verlassen zu können.

Eine Frage der Demokratie

Das Zusammenspiel von dem Auflösen sicherer Arbeitsverhältnisse und dem Wissen darum, dass Hartz 4 keine wirkliche Existenzsicherung ist, führt zu einem Verlust von Sicherheit und Vertrauen in Politik, Demokratie und Rechtsstaat und damit auch zu einer gesellschaftlichen Spaltung. An dieser Spaltung versuchen Rechte stetig mit ihren menschenfeindlichen Ideologien anzuknüpfen.

Spätestens damit wird das sozial- und arbeitsmarktpolitische „Weiter so!” zur fahrlässigen Gefährdung für unsere Demokratie. Die aktive Verweigerung von konservativer und marktliberaler Politik, Armut in unserer Gesellschaft konsequent zu bekämpfen, kommt der Förderung gesellschaftlicher Spaltung gleich. Soziale Fragen betreffen nicht nur die diejenigen, die unmittelbar von Armut und

Ausbeutung betroffen sind, sondern uns alle: An ihnen misst sich, wie krisenfest eine Gesellschaft ist und wie ernst wir das Versprechen auf gleichwertige Lebensverhältnisse und den Anspruch auf ein Leben in Würde meinen. Der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit ist ein Kampf für unsere Demokratie.
Gesellschaftliche Spaltung und der ständige Druck, nicht in Armutsverhältnisse abzurutschen, führen zu Konkurrenzkampf, Abgrenzungskämpfen und verhindern Solidarität und Zusammenhalt innerhalb unserer Gesellschaft. Es ist unsere Pflicht als Verteidiger*innen der Demokratie, eine standhafte soziale Absicherung und echte Perspektiven für gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe zu schaffen.

Dass es Armut gibt, ist kein Naturgesetz. Sie entspringt einer Gesellschaft, die auf Klassengegensätzen aufbaut. Dass Wenige immer reicher werden können, liegt nicht zuletzt daran, dass es auf der anderen Seite Ausbeutung und Armut gibt.
Die Unterschiede zwischen Arm und Reich werden so aktiv aufrecht erhalten. Doch wir sind nicht machtlos gegenüber diesem Ungleichgewicht, gesellschaftliche Verhältnisse sind veränderbar: Gemeinsam kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der niemand in Armut leben muss, denn es reicht für uns alle! Wir brauchen eine vollständige Abkehr von der Agenda 2010 und ihrem neoliberalen Geist. Im Fokus unserer Politik stehen die Bedürfnisse der Vielen und nicht die Profitinteressen der Wenigen.

Armut und Ausbeutung bekämpfen, dem Niedriglohnsektor den Kampf ansagen!

Schnell denkt man bei Armut nur an Arbeitslosigkeit. Jedoch leben viele Menschen in Armut, weil sie im Niedriglohnsektor feststecken. Unsere viel zu niedrigen Mindestlöhne, Werkverträge, Leiharbeit und jahrelange Fehlentwicklungen im Niedriglohnsektor zwingen schon jetzt Menschen, die arbeiten gehen, mit Hartz 4 aufzustocken.

Besonders die Berufsgruppen, die wir in der Coronakrise als gesellschaftsrelevant erlebt haben, wie Pflege, Supermarktmitarbeiter*innen, Putzkräfte und Menschen in der Ernte, im Schlachtbetrieb oder in der Baubranche werden in den Niedriglohnsektor gezwungen und bekommen weniger Lohn als ihnen - gemessen am gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit - zusteht. Unter der Prämisse der Finanzkrise 2008 rechtfertigen Politiker*innen und Arbeitgeber*innen immer noch prekäre und befristete Arbeitsverhältnisse, verdienen sich damit eine goldene Nase oder rühmen sich mit einer niedrigen Arbeitslosenquote. Doch diese Zahlen sind keine wirklichen Indikatoren für Wohlstand oder Gerechtigkeit - die Folgen der Krise werden weiterhin auf den Schultern der Ärmsten abgeladen. Damit muss Schluss sein. Wir sagen dem ausbeuterischen Niedriglohnsektor den Kampf an und fordern:

- Einen armutsfesten Mindestlohn, der mindestens bei 15 Euro liegt und ausnahmslos in jedem Alter und jedem Beschäftigungsverhältnis gilt,

ausdrücklich auch in Werkstätten für behinderte Menschen

- Die Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- Die Umwandlung aller Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- Ein Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen
- Ein Verbot sachgrundloser Befristung von Arbeitsverträgen

Absicherung für alle: Ein Sicherheitsnetz, das niemanden zurücklässt!

Wenn Menschen arbeitslos werden, braucht es ein Sicherheitsnetz, das sie auffängt. Eine Grundsicherung ist ein Grundrecht und darf kein Instrument sein, um Menschen wieder auf den Arbeitsmarkt zu zwingen. Hartz 4 ist dazu nicht in der Lage, deswegen müssen wir es überwinden. Wir brauchen eine Grundsicherung, die niemanden zurücklässt und Menschen auffängt, sie effektiv vor Armut schützt und ihnen ein Leben in Würde und ohne Stigma und somit den Zugang zu gesellschaftlicher, demokratischer und wirtschaftlicher Teilhabe ermöglicht. Zur Finanzierung braucht es eine höhere Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften. Als Eckpfeiler fordern wir:

- Ein Ende der Sanktionierung: Sanktionen sind ein Mittel, um Menschen in Lohnarbeit zu zwingen, die nicht selten schlecht bezahlt, befristet oder fern von den Interessen der jeweiligen Person liegen. Niemand darf zur Arbeit gezwungen werden. Das Existenzminimum ist bedingungslos zu gewährleisten, denn alles andere ist menschenunwürdig.
- Eine armutsfeste Höhe: Hartz 4 ist künstlich kleingerechnet und liegt mindestens 200 Euro unter dem tatsächlichen Existenzminimum. Dadurch verwehrt man Menschen Sicherheit und die Möglichkeit für Teilhabe an der Gesellschaft. Wir fordern eine Grundsicherung in Höhe von mindestens 1100 Euro. Mitinbegriffen sind sowohl das Existenzminimum als auch die Kosten der Unterkunft. Die individuelle Lebenssituation muss es dabei weiter möglich machen, Mehrbedarfe zu beantragen.
- Eine automatische Auszahlung: Die Grundsicherung soll automatisch an alle ausgezahlt werden, die in keinem Lohnarbeitsverhältnis sind. Niemand in Lohnarbeit sollte mit der Grundsicherung noch aufstocken müssen, um über die Armutsgrenze zu kommen. Solange es noch keinen armutsfesten Mindestlohn gibt, sorgt die Grundsicherung dafür, dass niemand unterhalb der Armutsgrenze leben muss. So machen wir Schluss mit verdeckter Armut. Als Mittel zur Automatisierung kann sich eine Eingliederung ins Steuersystem eignen.

Kinder haben ein Recht und einen eigenständigen Anspruch auf die Sicherung ihres Existenzminimums. Wir fordern:

- Eine Kindergrundsicherung: Aktuell wird Familien in Hartz 4 das Kindergeld angerechnet, während wohlhabende Familien sogar einen höheren Betrag als das Kindergeld durch Steuerfreibeträge erhalten. Das ist nicht gerecht!
  Wir wollen das Kindergeld durch die Kindergrundsicherung ablösen. Sie stellt sicher, dass die Familien, die es am meisten benötigen, die meiste finanzielle Unterstützung erhalten. Alle Familien bekommen den selben Grundbetrag von mindestens 300 Euro, der das jetzige Kindergeld ersetzt. Dazu kommt ein Zusatzbetrag, der mit dem Einkommen der Eltern abschmilzt.

Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Gleichzeitig wird eine schlechte Gesundheitsversorgung schnell zur Armutsfalle, deswegen fordern wir:

- Eine Bürger*innenversicherung: Unser Gesundheitssystem ist in zwei Klassen unterteilt: Privat- und gesetzliche Krankenkassen. Um endlich aus diesem ungerechten System auszusteigen, fordern wir eine Bürger*innenversicherung für alle. Sie garantiert, dass niemand bei der Terminvergabe aufgrund des höheren Einkommens bevorzugt wird und sichert allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel gleichberechtigt die notwendige Gesundheitsversorgung zu.

Der Kampf gegen soziale Spaltung ist nur zu gewinnen, wenn wir uns zusammenschließen. Als GRÜNE JUGEND reihen wir uns in die Kämpfe der Arbeiter*innen ein und machen klar: Eine Gesellschaft ohne Armut ist möglich!